Lebenslanges Lernen - Gesellschaftliche Herausforderungen an die Individuen, Organisationen und den Staat. Befunde und Schlussfolgerungen der Expertenkommission "Finanzierung Lebenslangen Lernens"

Prof. Dr. Dieter Timmermann

Universität Bielefeld, Universitätstrasse 25,

33615 Bielefeld

Dieter.Timmermann@uni-bielefeld.de

Der Auftrag

- → Neue Finanzierungsstrategien
- → Tragfähiges Gesamtkonzept
- **→** Realisierbare Modelle
- Berücksichtigung betrieblicher und gesellschaftlicher Erfordernisse
- Berücksichtigung von Verteilungs- und Umverteilungsspielräumen
- Stärkung der Lern- und Bildungsbereitschaft sowie Eigenverantwortung der Individuen
- Förderung des beruflichen und des allgemeinen, politischen und kulturellen Lernens
- Berücksichtigung der Chancen bildungsferner und benachteiligter Gruppen
- Schwerpunkt: Erwachsenenbildung

Das Zielbündel der Kommission

- **■**Förderung des Wirtschaftswachstums durch
 - → Lerninduzierte Innovationen
 - ⇒Stärkung des LLL in den Betrieben (insbesondere in KMU's)
- ■Beschäftigungsfähigkeit der Individuen
- ■Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und des zivilgesellschaftlichen Engagements
- ■Stärkung der sozialen Kohäsion
- ■Stärkung der Lern- und Bildungsbereitschaft sowie der Eigenverantwortung der Individuen durch Wahl-, Entscheidungsund Marktkompetenz der Individuen

Das Zielbündel der Kommission

- Ausgewogenheit der Bildungsteilhabe und der Finanzierungsbelastungen
- Nachhaltigkeit der Wirkungen der Finanzierungsempfehlungen
- effiziente Bereitstellung vielfältiger effektiver Angebote
- Yand Anbieter- Programm-, Pfad, Zertifikatsund Qualitätstransparenz

Fazit: Finanzierung LLL nicht ausschließlich zur Wirtschaftsförderung, aber auch nicht ausschließlich für Benachteiligte

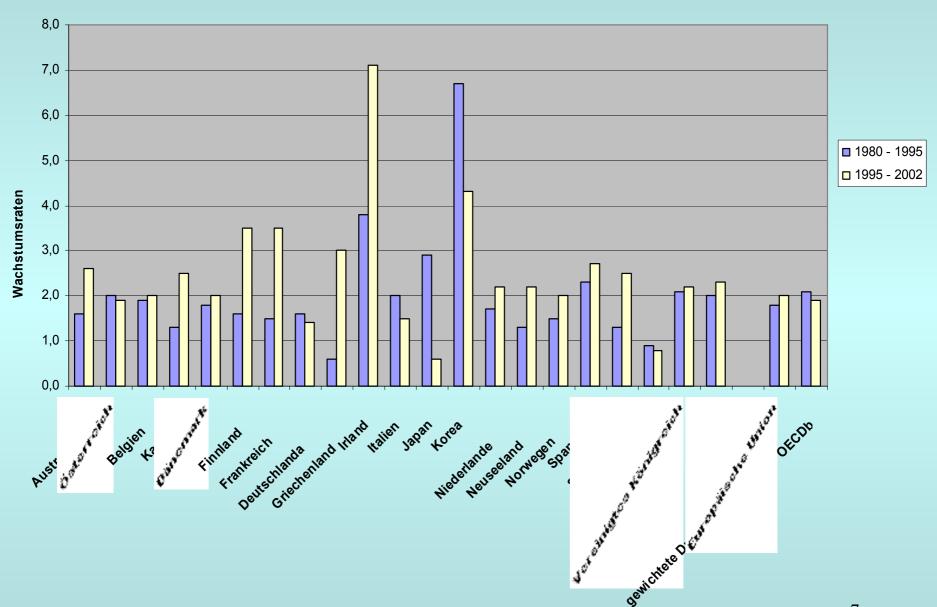
Meine Generalthese:

Eine Mehrheit von Deutschlands Bürgern, Familien, Politikern und Managern verspielt die Zukunft unserer Kinder und Enkel, kurz: die Zukunft Deutschlands.

Meine 2. These:

OECD Daten zeigen, dass Deutschlands Wirtschaft seit Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu den Ländern der OECD und der EU gehören, welche die niedrigsten Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) haben.

Durchschnittliche Wachstumstrends des BIP pro Kopf in ausgewählten Perioden, in %

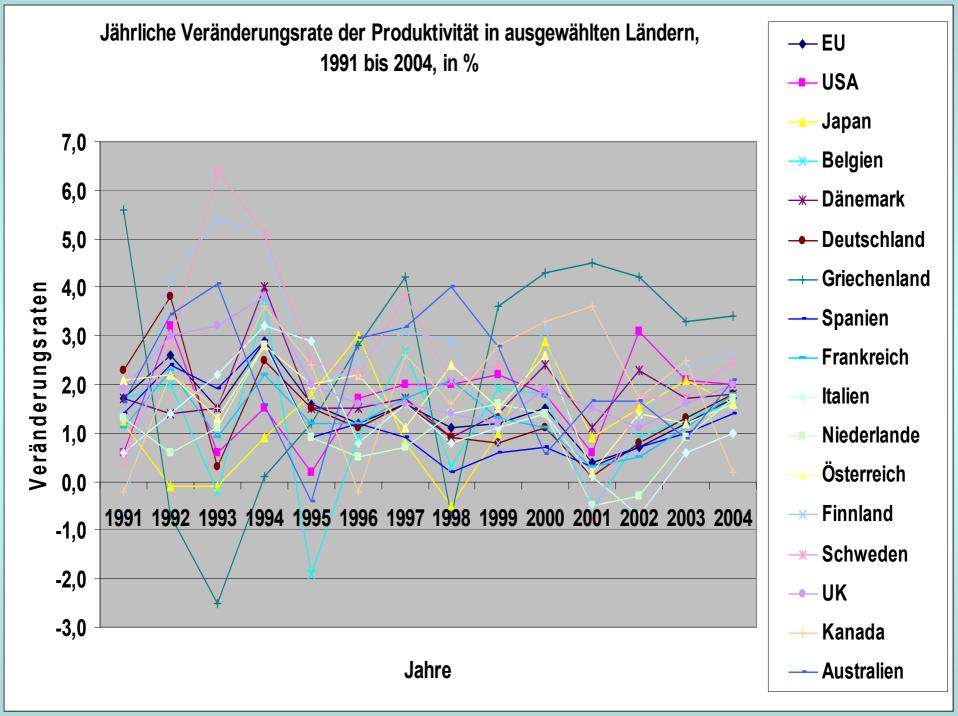


Quelle: OECD, Economic Outlook, Nr. 72

Jährliche Wachstumsraten ausgewählter Länder,in%, 1991 bis 2004, **BIP →** EU --- USA 8,0 Japan --- Belgien 6,0 → Dänemark Deutschland 4,0 --- Griechenland Wachstumsraten 2,0 Spanien **Frankreich** 0,0 **Italien** Niederlande Österreich -4,0 Finnland Schweden -6,0 **→** UK Kanada -8,0 **Australien Jahre**

Meine 3. These:

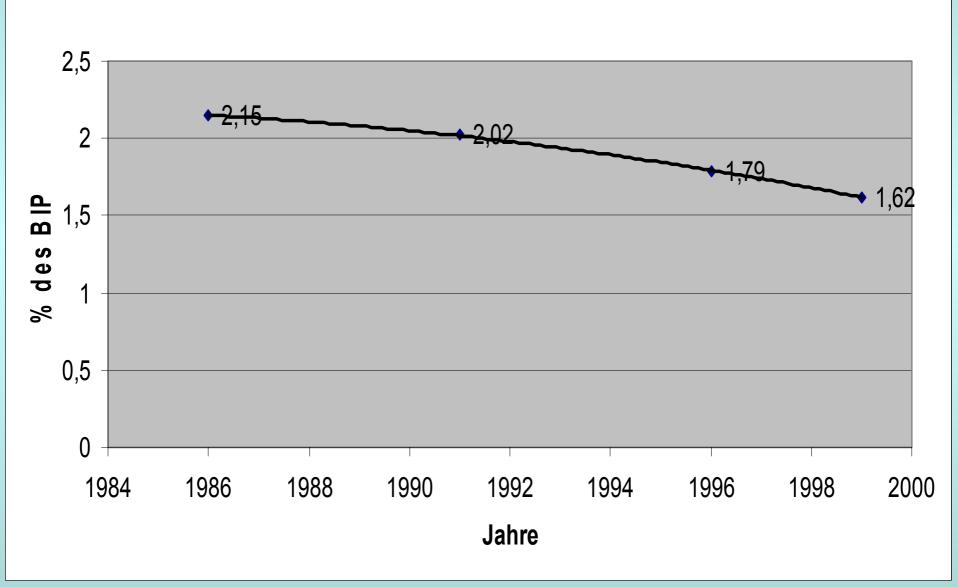
OECD Daten zeigen, dass Deutschlands Wirtschaft spätestens seit Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu den Ländern der OECD und der EU gehören, welche die niedrigsten Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität haben.



Meine 4. These:

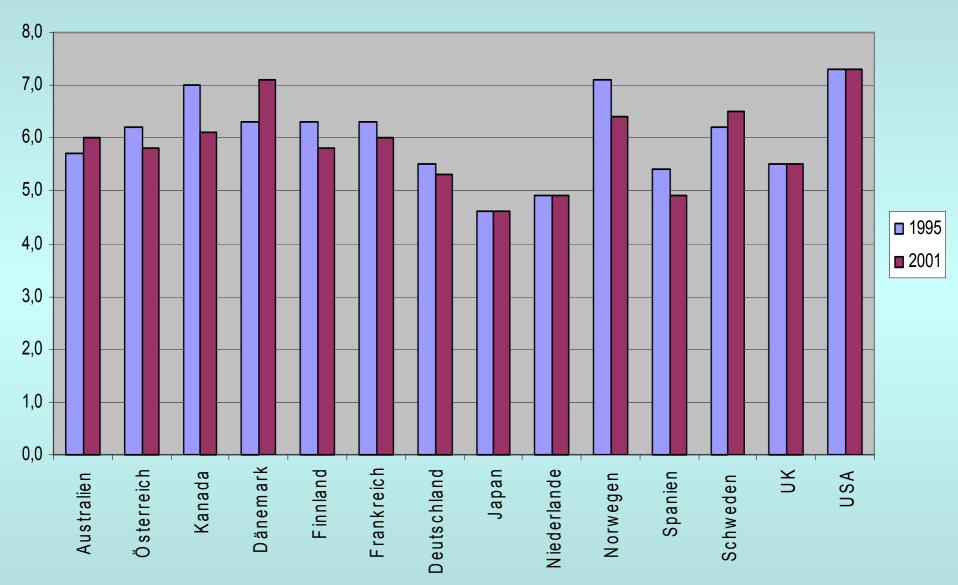
In Deutschland ist der Anteil des BIP, den die Bürger, die privaten Unternehmen und die öffentlichen Hände zusammen in Lebenslanges Lernen investiert haben, zwischen 1986 und 1999 von 2,15 % auf 1,62 % gesunken. Die Berichte über Kürzungen der Zuschüsse von Bundesländern und Kommunen sowie über rückläufige betriebliche Ausgaben für die Weiterbildung lassen ein weiteres Sinken vermuten.

Gesamtfinanzierungsvolumen für Lebenslanges Lernen in % des BIP



Meine 5. These:

Im internationalen Vergleich der für Deutschland relevanten Wettbewerbsländer (OECD und EU) geben die privaten Haushalte, die Unternehmen und die öffentlichen Hände zusammen in Deutschland unterdurchschnittlich viel (bzw. wenig) für alle Formen formaler und non-formaler Bildung aus. Nur Japan und die Niederlande geben noch weniger aus.

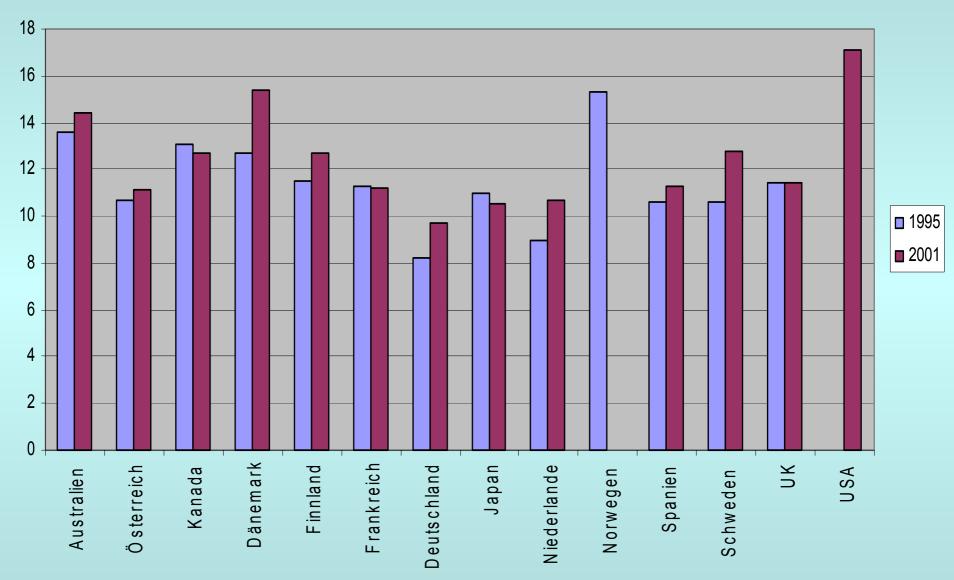


Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2004, S. 244

Meine 6. These:

Auch die öffentlichen Hände in Deutschland sind nicht so bildungsfreundlich wie häufig suggeriert wird: der Anteil der öffentlichen Haushalte, der für Bildungszwecke verausgabt wird, ist von allen OECD und EU Ländern (vor Erweiterung) der niedrigste.

Öffentliche Bildungsausgaben in % der öffentlichen Ausgaben



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2004, S. 268

Meine 7. These:

Sowohl der Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt, den die öffentlichen Hände für Forschung und Entwicklung ausgeben, wie auch der Anteil aller öffentlichen und privaten F&E-Ausgaben am BIP lagen Mitte bis Ende der 80er Jahre deutlich über dem Niveau der 90er Jahre und dem gegenwärtigen Niveau. Das Ziel von 3% scheint unrealistisch zu sein.

Ausgaben für F&E in der Bundesrepublik Deutschland in %

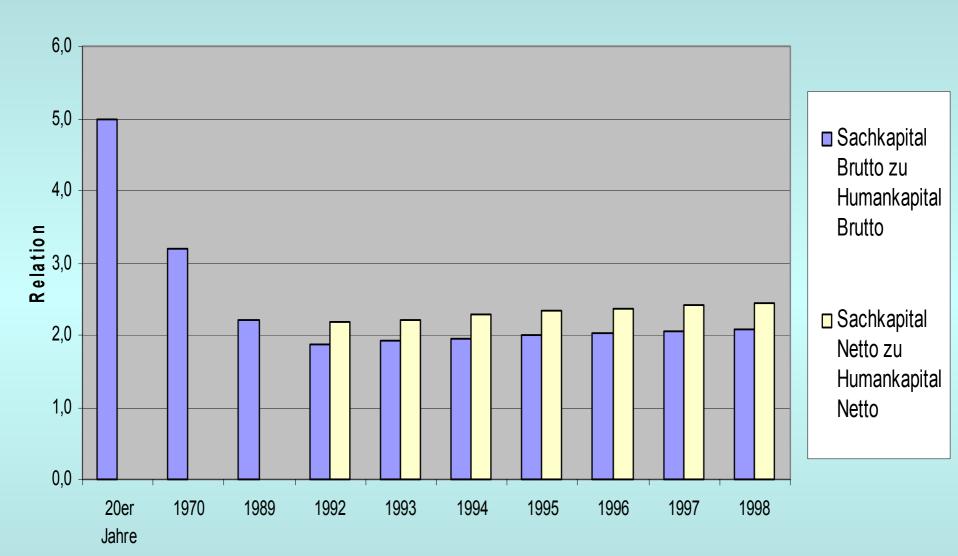


Quelle: Grund- und Strukturdaten 2003/2004, S. 346

Meine 8. These:

Es sollte uns beunruhigen, dass die deutsche Gesellschaft an der Schwelle zur Wissensgesellschaft entgegen einem säkularen Trend seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts wieder stärker in Real- als in Humankapital investiert zu haben scheint.

Das Verhältnis von Sach- zu Humankapital in Deutschland



Quellen: Buttler & Tessarin 1993, S. 467; Ewerhart 2003, S. 50, Tabelle 22

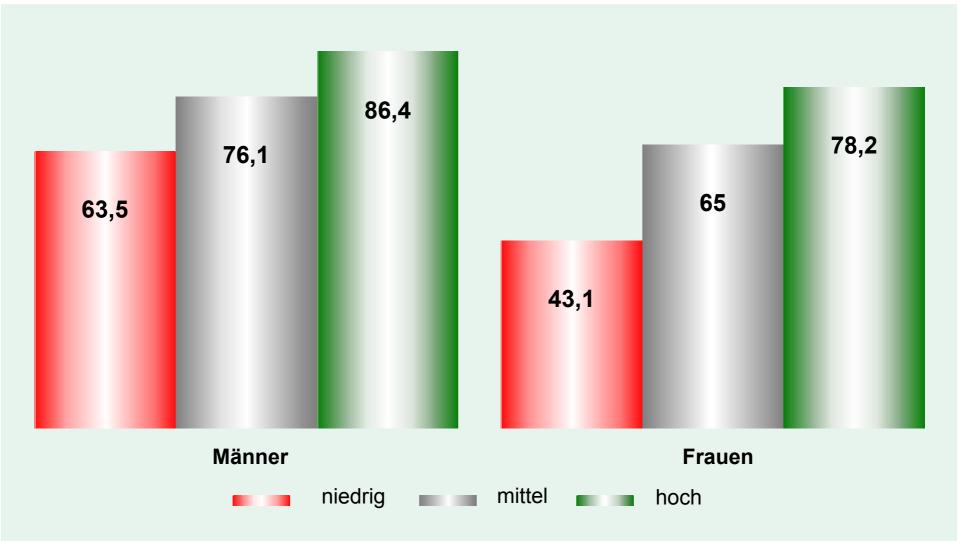
Meine 9. These:

Nicht nur die öffentlichen Hände tun zu wenig für das Lebenslange Lernen, auch die deutschen Betriebe sind im Hinblick auf Beteiligungsquoten und Ausgaben je Beschäftigten für LLL im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich engagiert. Beunruhigend ist, dass nur etwa 25% der sog. KMU's weiterbildungsintensiv sind, ca. 75% überhaupt nicht in LLL investieren. Die zunehmende Fokussierung auf kurzfristige Anpassungsqualifizierung ist nicht innovationsfördernd.

Meine 10. These:

Die individuellen Beschäftigungschancen hängen zunehmend von der Qualifikation ab, das Arbeitslosigkeitsrisiko ebenfalls, aber invers. Obwohl nur vollzeitbeschäftigte Personen (20 bis 44jährig in Westdeutschland, 20 bis 64jährig in Ostdeutschland) LLL-bedingt Einkommenssprünge machen, und obwohl nur vollzeitbeschäftigte Männer in Westdeutschland LLL-bedingt Karrieresprünge machen, ist die Teilnahmezufriedenheit mit 70 bis 90 % insgesamt erstaunlich hoch.

Beschäftigungsquoten nach Qualifikationsniveau (D 2002)



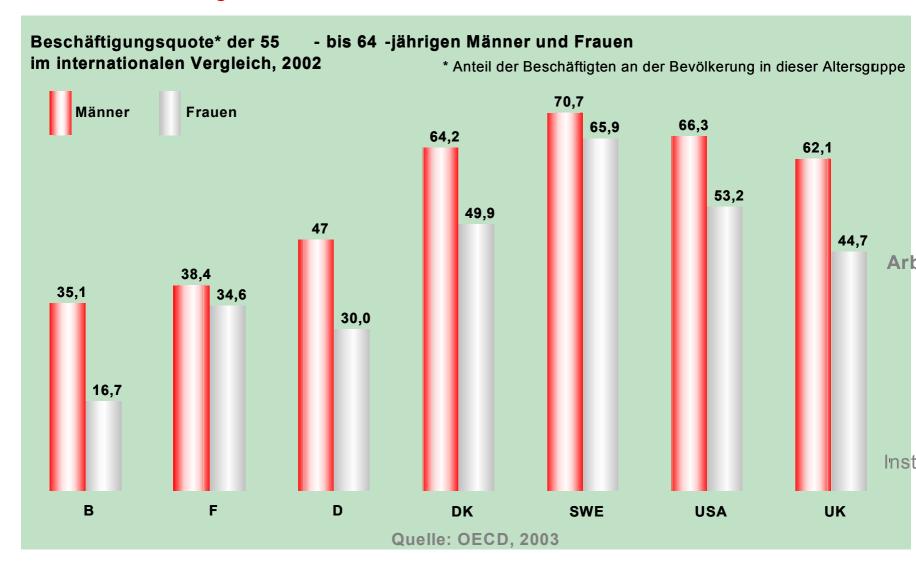
Quelle: Arbeitskräftestichprobe 2002

Meine 11. These:

Signifikant unterdurchschnittliche Teilnahmewahrscheinlichkeit am LLL haben:

- Personen mit geringer oder ohne formale berufliche Qualifikation und in wissensarmen sowie obsoleszenzträchtigen Tätigkeiten
- Personen in traditioneller Arbeitsorganisation
- Personen ohne Erwerbsstatus bzw. mit prekärem Erwerbsstatus
- Arbeitnehmer/ innen in Kleinbetrieben
- Frauen mit Kindern (Weiterbildungsabstinenz wächst mit der Kinderzahl)
- Einkommensschwache Personen
- Ausländer/innen

Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen Männer und Frauen im internationalen Vergleich



Meine 12. These:

Signifikant unterdurchschnittliche Teilnahmechancen am LLL haben Personen mit gebrochenen Bildungs-biografien und Entwicklungswegen:

- Ca. 10% der Schüler verlassen die Schule ohne
 Hauptschulabschluss (2000/2001) Tendenz leicht steigend
- Jeder vierte Ausbildungsvertrag wird heute aufgelöst (1984 14%) 62% verbleiben im Bildungssystem Rest fällt heraus
- 30% der Studierenden brechen Studium ab (wechseln zum Teil in Jobs, zum Teil in andere Ausbildung)
- Hohe Anteile gering Qualifizierter bei Zuwanderern und Zuwanderung oft verbunden mit Brüchen in der Bildungs- und Erwerbsbiographie

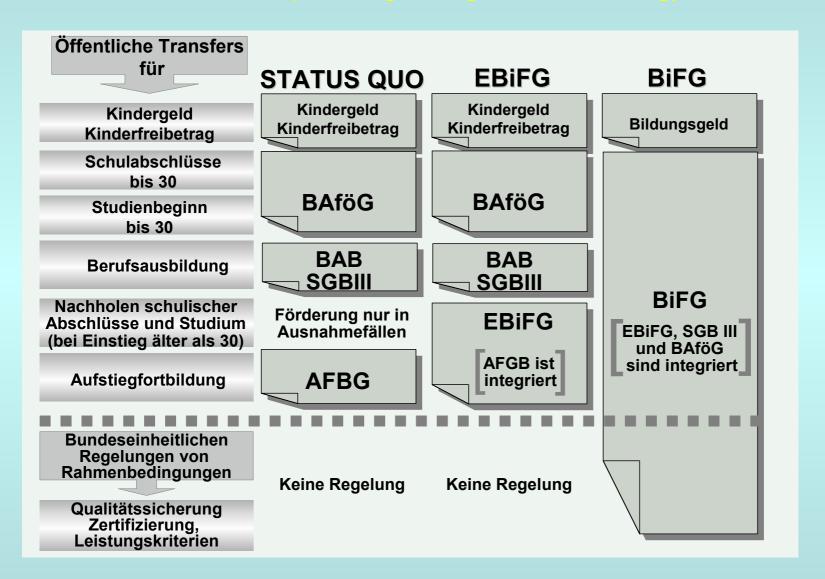
Meine 13. These:

- Deutsche Bildungseinrichtungen schöpfen das Lern- und Leistungspotenzial ihrer Lerner bislang unvollkommen aus.
- Deutsche Unternehmen schöpfen das Lern- und Leistungspotenzial ihrer Belegschaften im europäischen Ländervergleich bislang nicht ausreichend aus.
- In den kommenden Jahrzehnten wird die deutsche Erwerbsbevölkerung schrumpfen sowie altern und das Wachstumstempo der Wirtschaft c.p. dämpfen.
- Die Erwerbsbevölkerung altert und schrumpft. Das Durchschnittsalter der in den Unternehmen Beschäftigten wird steigen, die Innovationsfähigkeit hängt immer mehr von älteren Beschäftigten ab.
- Das akkumulierte Wissen droht zu veralten, der Zufluss neuen Wissens sich zu verlangsamen.
- Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der neuesten Erkenntnisse der auf Erwachsene bezogenen Lernforschung ist ein Umdenken nötig. Es gilt anzuerkennen, dass Ältere weiterlernen und produktiv bleiben können.

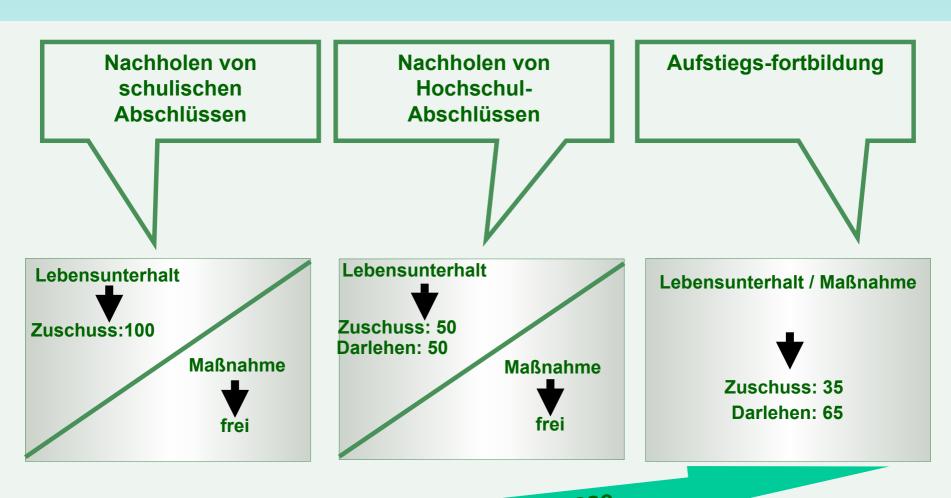
Vorschläge der Expertenkommission (I)

- Öffentliche Förderung der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung, sofern im öffentlichen Interesse (z.B. politische Bildung, kompensatorische Grundbildung, abschlussbezogene Allgemeinbildung)
- Förderung von Bildungssparen privater Haushalte zum LLL und zinsverbilligte Bildungskredite
- Ausbau der Förderung allgemeiner und beruflichen Bildung Erwachsener mit geringem Einkommen und Vermögen zu einem kohärenten System des LLL (Vorbild Schweden)

Öffentliche Förderung des Lebensunterhalts: (Status quo im Vergleich zu den Kommissionsempfehlungen, eigene Darstellung)



Staffelung der Förderung nach öffentlichem und privatem Interesse



Vorschläge der Expertenkommission (II)

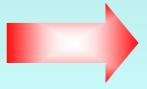
- Förderung der Weiterbildung in Unternehmen (Insolvenzschutz von W-Konten, Besondere Reglungen für Leiharbeitnehmer, Freistellungs- und Rückkehrrecht, Gutscheine für KMU's)
- Weiterbildungsförderung nach SGB III (flexible Handhabung der Eingliederungsquoten für Zielgruppen, flexible Förderung von An- und Ungelernten, Ruhen von ALG-Ansprüchen bei WB)
- Instrumente f\u00fcr Zuwanderer, Aussiedler und jugendliche Fl\u00fcchtlinge (Integrationskurse, Zugang zur beruflichen Ausbildung)

31

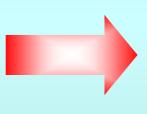
Vorschläge der Expertenkommission (III)

- Bundeseinheitliche Regelung institutioneller
 Rahmenbedingungen (z.B. Akkreditierung, Zertifizierung, Evaluation, Qualitätssicherung, Bildungsprofiling)
- Kontingentierung von staatlich gewährten Lernzeiten als Prüfauftrag
- Ausbau der Forschung zu LLL
- Lernförderliche Regelungen in Arbeits- und Produktmärkten

FAZIT



Instrumente kombinierbar



Notwendig lernförderliches gesellschaftliches Klima, d.h. in den Familien,in den Medien, in der Politik, in den Unternehmen



Vorschläge nach Haushaltslage schrittweise umsetzbar

Stellungnahme der Bundesregierung

- Allgemeine, unverbindliche Ausführungen zum LLL, erste noch nicht abschließende Einschätzung (ohne Datum)
- im Gegensatz zum Auftrag ein weiter Begriff von LLL
- weitere allgemeine, unverbindliche Aussagen zur individuellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive des LLL
- Unter "politische Kontexte" wird auf die bisherige Politik der Bundesregierung, u.a. im EU-Kontext, hingewiesen:
 - Tagesbetreuungsausbaugesetz
 - Strategiepapier der BLK zum LLL, Strategiepapiere der EU zum LLL (Aktionsprogramm) vom 14. 7. 2004 plus Agenda 2007, Beschäftigungspolitische Leitlinien 4 und 5"Förderung des Aufbaus von Humankapital und des LLL"

Stellungnahme der Bundesregierung

- Aktivitäten zur Erhöhung der Teilnahme am LLL:
 - Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" (Ganztagsangebote)
 - Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) vom 1.1.2005
 - BAföG Reform in 2001
 - AFBG Reform 2002
 - Aktionsprogramm "LLL für alle", darin das Programm lernende Regionen und "Lernkultur Kompetenzentwicklung"
 - BQF
 - Suchmaschine "info-web-Weiterbildung"
 - SGB III
 - LQW 2
 - Zuwanderungsgesetz
 - Erhöhung der abzugsfähigen Sonderausgaben für Berufsbildung auf 4000 €

Stellungnahme der Bundesregierung

- Einschätzung der Empfehlungen
 - Begrüßung der Kofinanzierungsidee
 - Relevanz der Rahmenbedingungen
 - Abschaffung der Eigenheimzulage
 - Prüfung aller Empfehlungen
 - EBiFG und BiFG, sofern BAföG und AFBG nicht ausreichen sollten
 - Bildungssparen
 - Verantwortung der Tarifpartner, Lernzeitkonten
 - Modellprojekte f

 ür KMU's
 - Förderung Forschung zu LLL
 - Mobilisierung der Bevölkerung

Antrag der Bundestagsfraktion der CDU vom 8.3.2005 (Bundestagsdrucksache 15/5024)

- Knappe, aber präzise Zusammenfassung wesentlicher Analysepunkte
- Aufforderung an die Bundesregierung,
 - einen Gesetzesentwurf zum LLL vorzulegen
 - das Bildungssparen zu f\u00f6rdern (Vorbild 5. Verm\u00f6gensbildungsgesetz)
 - Fortentwicklung des AFBG zu einem Weitebildungs-BAföG (EBiFG)
 - Ausweitung von Arbeitszeit- und Lernzeitkonten mit Insolvenzsicherung
 - Abschaffung aller Anreize für vorzeitigen Ruhestand
 - Entwicklung von Weiterbildungsmodulen in allen Berufen
 - Ein Aktionsplan zur Schaffung von Transparenz, zur Zertifizierung und zur Qualitätssicherung von Weiterbildung
 - Förderung von Modellprojekten für KMU's